

# Gesundheit braucht Politik

verein  
demokratischer  
ärztinnen und  
ärzte



Zeitschrift für eine soziale Medizin

Nr. 4/2018 | Solibeitrag: 5 Euro

Entlastung jetzt

Südbaden für mehr  
Personal im Krankenhaus



STATT  
**KRANKENHAUSER  
FABRIK**  
HAUS

**Macht – Geld – Medizin**  
Aktuelles zu Ökonomisierung und Privatisierung

- 4 *Kai-Uwe Helmers*: Ökonomisierung. Zur Begrifflichkeit der Ökonomisierung des Gesundheitswesens
- 8 *Rainer Bobsin*: MVZ – Spielwiesen der Kapitalverwertung. Das zunehmende Interesse von Private Equity und MVZ-Konzernen am ambulanten Sektor
- 12 *Achim Teusch*: Wer stoppt die Dealmaschine? Über die aktuellen Tendenzen bei Fresenius Helios
- 15 *Rudi Schwab*: Ausbeutung für den Geldbeutel der Aktionäre? Personalzahlen im Krankenhaus nach Trägerschaft
- 18 *Denis Basdorf*: Ökonomisierung in der Pflege
- 20 *Stefan Schoppengerd*: Was kommt nach den Fallpauschalen? Zur Bewegung in der Pflege
- 21 *Karl Stülpner*: Kämpfe werden härter. Interview über privatisierte Psychiatrie
- 23 *Regionalgruppe des vdää Hamburg*: Privilegierung von Privatversicherten
- 27 *Nadja Rakowitz*: Der Markt wird es nicht richten. Bericht über die Jahreshauptversammlung des vdää in Köln
- 28 *Berliner Ortsgruppe des vdää*: Ärztliche Weiterbildung in Polen. Wie es nach dem Hungerstreik letztes Jahr weiter ging
- 30 *Didier Ménard*: Gesundheitswesen mit ungewisser Zukunft. Die aktuellen Probleme des Gesundheitswesens in Frankreich

## Liebe vdää-Mitglieder,

**Kommunikation ist einfacher per Email als per Post.**

**Wir haben aber noch immer nicht die Emailadressen von allen Mitgliedern. Wenn Ihr uns Eure Mailadresse noch nicht gegeben habt oder wenn Ihr eine neue Mailadresse habt, gebt Sie uns bitte.**

**Gleiches gilt für die Postadresse und die Bankverbindung, falls Ihr uns eine Einzugsermächtigung gegeben habt. Es erspart uns Bürokratie, wenn wir das rechtzeitig von Euch bekommen.**

**Bei der Gelegenheit möchten wir auch daran erinnern, Euren Vereinsbeitrag an Eure evtl. neue berufliche Situation anzupassen.**

**Herzliche Grüße aus der Geschäftsstelle**

## **15 Jahre DRG – Ausverkauf der Medizin? Diskussionsveranstaltung des AK Ökonomisierung im Gesundheitswesen an der Charité**

15.01.2019, 18:00 Uhr, Charité Campus Mitte,  
Hörsaal der Inneren Medizin

Referent\*innen:

- Dr. med. Günther Jonitz (Präsident der Ärztekammer Berlin):  
*Über die Grundfehler der Gesundheitspolitik und Value-based Health Care als Ausweg*
- Dr. phil. Nadja Rakowitz (vdää, Bündnis Krankenhaus statt Fabrik): *Widersprüche und Konsequenzen der Ökonomisierung der Krankenhäuser*

## **Der vdää**

ist bundesweit organisiert; er setzt sich für eine soziale Medizin, für die Demokratisierung der Gesundheitsversorgung und der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein. Er nimmt Einfluss auf die Gesundheitspolitik und unterstützt den Widerstand gegen die Ökonomisierung der Medizin.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den vdää-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

## **Redaktion**

Felix Ahls, Kai-Uwe Helmers,  
Thomas Kunkel, Eva Pelz, Nadja  
Rakowitz, Andrea Schmidt,  
Bernhard Winter

## **Impressum**

Gesundheit braucht Politik  
4/2018 ISSN 2194-0258  
Hrsg. vom Verein demokratischer  
Ärztinnen und Ärzte  
V.i.S.d.P. Thomas Kunkel /  
Bernhard Winter

## **Bilder dieser Ausgabe**

Silvia Habekost und verschiedene  
Bündnisse für mehr Personal im  
Krankenhaus

## **Geschäftsstelle:**

Kantstraße 10, 63477 Maintal  
Telefon 0 61 81 – 43 23 48  
Mobil 01 72 – 1 85 80 23  
Fax 0 61 81 – 49 19 35  
Email info@vdaee.de  
Internet www.vdaee.de

Bankverbindung:  
Postbank Frankfurt  
IBAN: DE97500100600013747603  
BIC: PBNKDEFFXXX  
Satz/Layout Birgit Letsch  
Druck Druckerei Grube



# Editorial

»Die DRG waren ein zu scharfes Schwert für die Pflege«. Das sagte Lothar Riebsamen, der für die CDU im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags sitzt, in der Podiumsdiskussion der großen Konferenz des Bündnisses »Krankenhaus statt Fabrik« im Oktober in Stuttgart, zu der wir Politiker\*innen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Linken und SPD eingeladen hatten. Je länger die Diskussion dauerte, umso mehr Bereiche fielen ihm ein, für die das gilt: Kleine Krankenhäuser auf dem Land sollten besser aus dem Wettbewerb herausgenommen werden, Maximalversorger vielleicht auch, da sie zu hohe Vorhaltekosten haben, die mit einer DRG-Finanzierung nicht zu stemmen sind etc. Langsam, langsam scheint unsere Kritik an den DRG also bis in diese politische Region vorzudringen.

Allerdings – das wurde bei der Konferenz auch deutlich – sollten wir uns keine Illusionen machen über die Größe des Schritts, den wir nach vorne gekommen sind im Kampf gegen die Ökonomisierung, schon gar nicht gegen die Privatisierung der Krankenhäuser und anderer Strukturen im Gesundheitswesen. In den Gesetzen der jetzigen Regierung sind – zum ersten Mal seit Jahren – richtige Ansätze zu erkennen wie die Herausnahme der Pflegepersonalkosten aus den DRG, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen durch Arbeitgeber\*innen und Arbeitnehmer\*innen, eine gewissen Bereitschaft politisch steuernd ins ambulante Geschehen einzugreifen. Allein – gute Gesundheitspolitik sieht anders aus.

Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe von *Gesundheit braucht Politik* im Schwerpunkt mit der Ökonomisierung und Privatisierung des Gesundheitswesens und beginnen es mit dem Versuch einer begrifflichen Klärung durch Kai-Uwe Helmers. Das scheint uns nötig, weil uns immer noch und wieder das Argument begegnet, dass gegen Ökonomisierung doch nichts einzuwenden sei, weil das doch nur heiße, dass man sparsam mit den Ressourcen umgehen solle. Das heißt es eben nicht unter den Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie – und eine andere haben wir aktuell nicht. Dass die kapitalistische Ökonomisierung gerade im ambulanten Sektor Fahrt aufnimmt, zeigt Rainer Bobsin in seinem Artikel zum wachsenden Interesse von Konzernen und Private Equity Fonds an MVZ.

Achim Teusch und Rudi Schwab schauen sich die Strukturen und Entwicklungen bei den privaten Krankenhausträgern genauer an und Denis Basdorf lässt uns an seinen Erfahrungen als Pfleger in einem solchen System teilhaben. Karl Stülper, der seinem historischen Namensvetter alle Ehre macht, berichtet in einem Interview, wie sich auch die psychiatrischen Krankenhäuser im Zuge der Ökonomisierung und in dem Falle der Klinik in Osnabrück auch der Privatisierung verändern. Die Arbeitsbedingungen werden schlimmer, die Arbeitskämpfe härter. Für Optimismus besteht bis hierhin wahrlich kein Anlass.

Den gibt uns erst Stefan Schoppengerd mit einem Überblick über Streikaktivitäten in Krankenhäusern in diesem Jahr. Die Ergebnisse können sich – zumindest auf dem Papier – auch sehen lassen. In mehreren Häusern konnten zum Teil nach mehrwöchigen Streiks zukunftsweisende Tarifverträge zur Entlastung des Personals abgeschlossen werden. Die konkrete Umsetzung werden wir im nächsten Jahr zu verfolgen haben.

Besonders gefreut haben wir uns als Redaktion über die Zuarbeit durch die beiden Regionalgruppen des vdää in Hamburg und Berlin. Die Hamburger\*innen haben einen Diskussionsbeitrag über die Privilegierung der Privatversicherten und zur Forderung nach einer solidarischen Bürger\*innenversicherung vorgelegt und die Berliner\*innen haben einen Bericht über ihren Besuch bei Kolleg\*innen in Polen geschrieben, die letztes Jahr in einen symbolischen Hungerstreik getreten sind, um auf die schlechten Arbeitsbedingungen hinzuweisen. Ein weiterer Blick über den Tellerrand geht nach Frankreich: Didier Ménard erläutert die aktuellen Probleme des Gesundheitswesens und stellt die 1973 gegründete »Gewerkschaft der Allgemeinmediziner\*innen« und ihre Reformvorschläge vor.

Zu guter Letzt möchten wir noch auf den Dokumentar-Film »Der marktgerechte Patient« hinweisen. Mit vielen O-Tönen von Patient\*innen und Beschäftigten, darunter auch einige vdää-Mitglieder, stellt der Film die DRG-Logik und ihre Auswirkungen auf die Versorgung und die Arbeitsbedingungen dar und geht auf Proteste und Widerstandsaktionen wie Streiks, Volksbegehren etc. ein. Ausgezeichnet, um auch einem Laien-Publikum die aktuelle Situation nahe zu bringen. Wir schlagen Euch vor, diesen Film in Euren Städten zu zeigen und anschließend mit den Menschen in Diskussion zu kommen. Informationen, wie das geht, findet Ihr auf der Internetseite des Films oder bei der Geschäftsstelle des vdää, die Euch gerne berät.

Nun bleibt uns noch, Euch allen ein friedliches Jahresende und ein umso kämpferischeres neues Jahr zu wünschen.

**Nadja Rakowitz**

## Unterstützen Sie die Volksentscheide für mehr Personal

Nach dem Vorbild von Berlin, Hamburg, Bayern hat jetzt auch Bremen ein Volksbegehren für mehr Personal im Krankenhaus gestartet. In allen Initiativen sind vdää-Mitglieder aktiv mit dabei. Mit den Volksbegehren haben wir die Chance, mithilfe von plebiszitären Elementen der Länderverfassungen realpolitische Veränderungen zu erzwingen, nämlich bei Krankenhaus-Bedarfsplanung, Höhe der Länderinvestitionen in Krankenhäuser, vor allem aber in der Frage einer bedarfsgerechten Personalbemessung für die Krankenhäuser.

Die Volksbegehren sind teuer. Daher rufen wir Euch auf, die Volksbegehren nicht nur aktiv politisch zu unterstützen und Unterschriften zu sammeln, sondern mit Eurer Spende bei der Finanzierung mitzuhelfen. Bitte überweist Eure Spende auf das Konto des vdää mit Angabe des Spendenzwecks »Volksbegehren ... (plus entweder Berlin oder Hamburg oder Bayern oder Bremen)«.

Kontoverbindung vdää

IBAN: DE97 5001 0060 0013 7476 03 BIC: PBNKDEFFXXX



Liebe LeserInnen und Leser von  
***Gesundheit braucht Politik,***

wenn Sie ***Gesundheit braucht Politik*** gerne vollständig lesen wollen

- und **nicht Mitglied des vdää** sind, dann abonnieren Sie gerne die Zeitschrift (4 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von 26 Euro, Studierende zum Preis von 10 Euro.
- Als **Mitglied des vdää** bekommen Sie die Papierfassung der Zeitschrift immer per Post und auf Anfrage schickt Ihnen die Geschäftsstelle auch die vollständige pdf-Datei per Mail.
- Wenn Sie es zunächst mit einem Probeabo versuchen wollen (2 Ausgaben à 10 Euro), dann setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

**Mehr Informationen in der Geschäftsstelle des vdää:**

Tel: 06181 – 432 348

[info@vdaee.de](mailto:info@vdaee.de)